

Positionspapier

Forderungen der deutschen Paketbranche an die Koalitionäre der 21. Wahlperiode

Die aktuellen Herausforderungen durch wirtschaftliche Unsicherheiten, hohe Energiepreise, steigende Kosten und Arbeitskräftemangel betreffen die Unternehmen der Paketbranche direkt.

Die Politik muss jetzt eine positive Perspektive aufzeigen, ohne dabei die Wirtschaft und die Verbraucherinnen und Verbraucher zu überlasten. Verbote, Einschränkungen und Bürokratie werden von einer großen Mehrheit der Menschen und Unternehmen abgelehnt.

Deshalb fordert der BPEX von der Politik eine klare Hinwendung zur unternehmerischen Freiheit. Fairer Wettbewerb statt Überregulierung ist der Weg, um für Unternehmen sowie Arbeitnehmerinnen und -nehmer Perspektiven für die positive wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen.

Politische Maßnahmen und Ziele müssen sich an der Lebenswirklichkeit der Menschen orientieren. Die Belieferung durch die Paketdienste ist für viele Menschen und Unternehmen eine unverzichtbare Versorgungsoption – sowohl in der Stadt als auch auf dem Land.

Mit einem jährlichen Sendungsvolumen von rund 4,2 Milliarden Sendungen, Umsätzen von über 26 Milliarden Euro pro Jahr sowie rund 260.000 Beschäftigten gehört die Paketbranche zu einem der leistungsfähigsten Wirtschaftszweige in unserem Land.

Die Politik darf die Konsumentinnen und Konsumenten sowie die Beschäftigten nicht gegeneinander ausspielen, wenn es um die Verbesserung von Wirtschafts- und Arbeitsbedingungen geht.

Für die Koalitionsverhandlungen:

1. Leistungsfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft erhalten

Damit Unternehmen Mehrwert erwirtschaften können, aus dem Steuereinnahmen und private Einkommen generiert werden, müssen sie möglichst frei von Bürokratie und Organisationsvorgaben des Staates bleiben. Ihr Geschäftsbetrieb muss entlastet und fairer Wettbewerb ermöglicht werden.

Konkret:

- Der Staat macht den Unternehmen keine sozialpolitisch motivierten Organisationsvorgaben.

- Vorgaben in der Tarifpolitik, wie z. B. die Verpflichtung, tarifliche Entgeltbedingungen anzuwenden, sind zu unterlassen.
- Mindestlohnvorgaben sind eine Angelegenheit der Tarifparteien, nicht des Staates.
- Das Postrechtsmodernisierungsgesetz muss verschlankt und auf wettbewerbshemmende Regelungen hin überprüft werden.
- Die Energiesteuer auf Kraftstoffe soll auf das europarechtlich zulässige Minimum reduziert werden.
- Der CO₂-Zuschlag der Maut muss auf das zulässige Minimum abgesenkt werden.
- Der CO₂-Preis darf nicht über das zulässige Mindestmaß hinausgehen.

2. Arbeit ermöglichen

Deutschland wird wegen des Arbeitskräftemangels unattraktiv. Das mindert die Leistungsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft. Das Fehlen von Arbeitskräften wird aber nicht behoben, indem nur Löhne erhöht und die Anforderungen an die Arbeit gesenkt werden. Arbeit muss eine Perspektive bieten.

Konkret:

- Die Höhe staatlicher Grundleistungen muss gesenkt werden, damit wirtschaftlich angemessene Löhne in der Basisarbeit wieder attraktiv werden.
- Der Mindestlohn muss sich an der Produktivität orientieren.
- Migrantinnen und Migranten sollen ab dem ersten Tag eine Arbeit aufnehmen können, auch wenn sie in Sammelunterkünften leben.

3. Bürokratieaufwand senken

In Deutschland hat sich eine überbordende Bürokratie entwickelt. Das lähmt die Produktivkräfte der Wirtschaft.

Konkret:

- Neue bürokratische Vorgaben wie Berichtspflichten, Nachweise oder Anträge dürfen nur eingeführt werden, wenn eine andere bestehende bürokratische Regelung tatsächlich und inhaltlich abgeschafft wurde. Nur dann wird die Gesamtlast gesenkt.
- Das Subsidiaritätsprinzip wird für Berichte und Nachweise eingeführt. Informationen werden nur eingefordert, wenn sie den Behörden nicht schon

vorliegen (z. B. wenn ein Konzernbericht für die Unternehmen einer Unternehmensgruppe schon vorliegt).

- Die sogenannte Paper Compliance (gegenseitiger Prüfaufwand verpflichteter Unternehmen in Deutschland, obwohl jedes Unternehmen auch selbst verpflichtet ist) wird beendet.
- Die Berichterstattung wird unabhängig von der gesetzlichen Grundlage durch eine zentrale Referenz für Unternehmen als Arbeit- oder Auftraggeber vereinheitlicht (z. B. für Berichtspflichten nach Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD), Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LKSG), Postrechtsmodernisierungsgesetz (PostModG), Mindestlohngesetz (MiLoG), Paketboten-Schutz-Gesetz).
- Wir werden den Aufwand für Dokumentationen und Nachweise, z. B. bei der Arbeitszeiterfassung, durch den Einsatz von digitalen Instrumenten und Prozessen senken.
- Alle Vorschriften müssen auf ihre praktikable Handhabung geprüft werden (z. B. § 73 PostModG: für die Kennzeichnung von schweren Paketen müssen die Versender verantwortlich sein, nicht die Transporteure).
- Wir werden die veröffentlichtungspflichtigen Angaben im Lobbyregister wesentlich verschlanken.

4. Gleichwertige Lebensverhältnisse – Teilhabe in der Stadt und auf dem Land stärken

Die Paketlogistik hat eine Grundversorgungsfunktion. Sie hebt die Unterschiede zwischen Stadt und Land auf und ist systemrelevant für gleichwertige Lebensverhältnisse.

Für die Belieferung von Unternehmen mit Ersatzteilen, die Warenversorgung des hochwertigen Einzelhandels und die Versorgung der Endverbraucherinnen und -verbraucher mit Konsumgütern und Waren des täglichen Bedarfs brauchen die Paketdienste angemessenen Platz.

Konkret:

- Die baurechtliche Planung muss Paketlogistik als einen öffentlichen Belang berücksichtigen (z. B. für die Zulassung von Paketautomaten und Ladebereichen).
- In der Musterbauordnung muss Paketlogistik (einschließlich Paketkastenanlagen bei Neubauten und Modernisierungen, Ladebereiche) für zukunftsfähige Bauten ergänzt werden.

Der Bundesverband Paket- und Expresslogistik:

Der 1982 gegründete Bundesverband Paket- und Expresslogistik (BPEX) vertritt die Interessen der Kurier-, Express- und Paketbranche (KEP) in Deutschland. Rund 4.000 Unternehmen sorgen für eine flächendeckende Zustellung von der Hallig bis zur Alm, in der Stadt und auf dem Land. Die gesamte Branche realisiert in Deutschland derzeit jährliche Umsätze in Höhe von 26,5 Milliarden Euro, beschäftigt mehr als 260.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und befördert ca. 4,18 Milliarden Sendungen pro Jahr.